

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

17 (18.4.1946)

Unsere Verantwortung

Von Wilhelm Baur

Eine Reihe neuer Wahlen steht vor der Tür unserer deutschen und menschlichen Miese — wenn die letztere nicht vorher schon bestanden hätte, hätte die erstere gar nicht folgen können — und die Parteien bemühen sich auftragsgemäß und, wie wir hoffen, von ihrem Gewissen her um die Wähler.

Ihre Aufgabe in solchen Fällen ist vor allem Reden. Gewiß, von der Schwere des Augenblicks sind die Leidtragenden, die der Aufwallung dringender Bedürfnisse als der Kranke der Arznei und von der Schwierigkeit der Lage zu Zeitgenossen, die von den persönlichen Notwendigkeiten des Alltags bedrängt, nur schwer den Ausblick auf die öffentlichen Dinge zu finden vermögen. Die sachliche Einflußnahme auf den Gang der Dinge ist wahrhaft gering. Umso stärker tritt aber bei solchen Vorentscheidungen die Verpflichtung an die Parteien in den Vordergrund, sofern sie nicht nur alten Wein in neue Schläuche füllen wollen, sich durch die Bildung einer neuen demokratischen Staatsgenossenschaft vorwärts zu bewegen, Voraussetzung dafür, daß solches geschehe, sind Erkenntnis und Bekenntnis. Die Erkenntnis nämlich, daß der dem Deutschen anrozogene Militarismus und Nationalismus, von Hitler ins Ueberdimensionale und geradezu barbarisch Grotteske gesteigert, die wahre Ursache unserer heutigen Not und unseres Leidens ist, daß es also gilt, aus dieser Lehre unserer Geschichte eindeutig und radikal die für unsere Zukunft unabänderlich zehrenden Folgerungen zu ziehen. Die militärischen Höhepunkte unserer Geschichte haben ihren Glanz für immer verloren, seit durch die Entwicklung der technischen Waffen Tapferkeit und persönlicher Mut in diesem Bereich zur Sinnlosigkeit geworden sind. Wer in Zukunft tapfer und mutig sein will, und wir hoffen, daß es möglichst viele solcher Menschen gebe, hat genügend Gelegenheit in der Bewältigung seiner persönlichen Leiden, in der Schaffung einer beruflichen Plattform und in der Hilfe für seine Nebenmenschen heroische Eigenschaften zur Geltung zu bringen. Präsident Roosevelt hat schon seit Jahren das 20. Jahrhundert als das Zeitalter des kleinen Mannes bezeichnet. Der kleine unbekannt Mann war es, der von jeher die Lasten und die Blutopfer der Kriege der Vergangenheit und auch des letzten hat tragen müssen. Seine Aufgabe war es seit je, wenn die großen Staatsmänner, Monarchen und Generäle Schlachten schlugen, Siege errangen und Kriege verloren hatten, Blut zu spenden und dann durch seine Arbeit und persönliche Einschränkung und Not ihrem Vaterland wieder ein neues Fundament zu geben. 1813 wurde der kleine Mann in Preußen aufgerufen, das Land zu befreien, und „alle, alle kamen“. Und er bekam als Dank dafür den Verrat der Reaktion an den ihm zugesagten primitiven politischen Rechten. Als die zugezogene Monarchie im Jahre 1918 zusammenbrach, vollzogen die Parteien der Mitte und der Linken, also die organisierte politische Gemeinschaft aller Bürger, soweit sie auf dem Boden der Demokratie standen, Rettung und Aufstieg. Als diese Rettung gegen den Widerstand der Feudalreaktionäre und kapitalistischen Kreise gelungen war und geschichtlich feststand, gewann die preußische Reaktion und der Militarismus in Hitler dem Nationalsozialismus und dem Nationalsozialismus die Demokratie zuzugewandt, den Mann, der mit seiner Bewegung durch Lüge und Verrat das Volk um seine Freiheit und um alles das brachte, was in Hunderten von Jahren durch Arbeit, Opfer, Leid und Entbehrung geschaffen worden war. Heute steht der schäbste Rest dieser früher so „großen“ Männer da, die sie nie waren, vor dem Tribunal des Weltrechts in Nürnberg und erwidert sich, vor die Tatsache der Rechenschaftsablegung gestellt, als klein, unwürdig und nichtig.

Das Schicksal hat uns von neuem die große Chance in die Hand gegeben, aus unvorstellbarer Not und aus den Schrecken unseres Leids uns zu neuem Leben und zur staatlichen Ordnung emporzuarbeiten. Niemand anders als der kleine Mann, der wirklich dem 20. Jahrhundert seinen Stempel aufgedrückt hat, wiederum aufgerufen, auf dem Weg über die Genossenschaftsgemeinschaften der Parteien das Rettungswerk an sich, für das ganze Volk und seine Kultur zu vollziehen. Das Zeitalter des 20. Jahrhunderts ist die Epoche der Demokratie. Unter ihrem Zeichen hat die Menschheit und die Menschlichkeit den Sieg über Brutalität und Bestialität davongetragen. In diesem und in keinem anderen Zeichen wird auch unsere Auferstehung vollzogen werden müssen.

Wenn auch durch bloße Reden in Wahlversammlungen noch keine neue Staatsgenossenschaft im Volk entzündet wird, so sind doch diese mit Blut und viel menschlichem Glück bezahlten politischen Erkenntnisse Mahner zur Besinnung und zur Umkehr für die, die noch hoffen können, wenn es geht. Wir sind Optimisten, weil wir Demokraten sind und als solche zu das Gute im Menschen und an den Sieg des Rechts glauben, das bezugt, verfaßt, zertreten werden kann, das aber, weil es außerhalb und über der menschlichen Macht liegt, immer wieder aus den Tiefen zu neuem Glanz und neuer Herrschaft auch in der sichtbarsten Welt auferstehen wird. Nicht nur dem 20. Jahrhundert, sondern auch der Menschheit, die schwerer Amt und schwere Bürde zu tragen haben, die heute improvisieren, damit wir morgen leben können, und zugleich ordnen müssen, damit dieses Leben über den momentanen zufälligen Augenblick hinweg aus Dauer und Bestand habe. Wir können die Erbschaft unserer Geschichte nicht ausschütten noch vernichten und stehen zu unserer Verantwortung. Volk, das, durch eine traurige Verkettung von Schuld und Schicksal in die Katastrophe gestoßen, sich nunmehr in mühevoller Pilgerschaft zu neuem Leben emporgibt. Jeder Einzelne trägt für sich und für die anderen Verantwortung. Die Opfer des Krieges und der Konzentrationslager bekommen in dem Werk, das wir zu tun haben, einen Sinn. Unsere Entscheidung kann also nie in der Resignation, sondern nur in der Uebernahme der Verantwortung liegen.

Das Ansehen der Demokratie hängt entscheidend von dem Auftreten der Parteien ab. In den Wahlversammlungen, in denen die Parteien persönliche Führung mit der Masse des Volkes nehmen, müssen die öffentlichen Dinge und die Sorgen der Einzelnen im Geiste der Wahrheit und Loyalität behandelt werden. Vorbild und Beispiel wirken mehr als lange Reden ohne Inhalt. Spannung zwischen den einzelnen Parteien sind ebenso notwendig, wie die Herausstellung der grundsätzlichen Unterschiede, aber die Kämpfe müssen in absoluter Reinheit und Sauberkeit durchgeführt werden. Aus diesen Spannungen und zeitigen Auseinandersetzungen erwächst die fruchtbare Tat und die überzeugende Leistung. Am Ende wird immer die Zusammenarbeit aller stehen müssen, da eine Partei allein die Verantwortung für die Bewältigung der schweren Arbeit auf allen Gebieten unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens nie zu tragen vermag. Wer seine politischen Gegner herabsetzt, bezieht sich ins Unrecht und bricht sich in den Verdacht des zeitlichen Unfruchtbarkeits. Die Männer, die als Vertreter der Parteien in Versammlungen vor das Volk stehen, sollen Bekenner ihrer politischen Idee, gleich welcher Richtung, sein. Sie müssen dazu ein inneres Wertgefüge und einen persönlichen Eigenwert mitbringen, der vielfach tiefer wirkt als profunde politische Wissen. Ihre Worte müssen ihrer Überzeugung entsprechen, was sie sagen, das müssen sie auch innerlich meinen. Im Gegensatz zum Fanatismus, den wir in der Vergangenheit in gewisser Sturheit und Blököverzeugung sattem kennengelernt haben, sind sie Bildner einer wirklichen Gemeinschaft und empfinden, weil sie selbst echt sind, Achtung auch von der Seite der anderen. Sie sind Begründer eines neuen Verhältnisses

Berlin, 17. April (DANA). Ein neues Betriebsratgesetz des Alliierten Kontrollrates, das den Arbeitnehmern die Organisation von Betriebsräten freistellt, ist aber nicht wie das 1934 von den Nazis ausgetragene frühere Betriebsratgesetz dazu verpflichtet, wurde heute, dem 17. April, um 6 Uhr abends, in Kraft gesetzt. Das neue Gesetz bestimmt die Betriebsräte zur Vertretung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten der einzelnen Betriebe, die in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erfolgen muß.

Die in dem neuen Betriebsratgesetz vorgesehenen Bestimmungen über die Wahl der Arbeiter- oder Angestellten des betreffenden Betriebes oder demokratisch. Wie gewählt werden müssen, können sich mit Dingen befassen, welche die Interessen der Arbeiter betreffen, soweit solche Angelegenheiten nicht anderweitig geregelt sind. Die Betriebsräte sollen ferner mit den Behörden bei der Verhinderung von Kriegsproduktion zusammenarbeiten und bei der Entfaltung von Nazis aus öffentlichen und privaten Betrieben helfen. Sie können dem Arbeitgeber Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsmethoden und zur Organisation der Erzeugung in solcher Weise überreichen, daß Erwerbslosigkeit vermieden wird. Sie können ferner Beschwerden untersuchen und die Arbeiter, Angestellten und Gewerkschaften bei der Vorbereitung von Eingaben an Fabrikinspektoren, Sozialversicherungsstellen, Arbeiterführerstellen und Arbeitsgerichte helfen.

Frühere Beamte der Deutschen Arbeitspartei sind nicht als Mitglieder von Betriebsräten zugelassen, Betriebsratsmitglieder müssen jedes Jahr neu gewählt werden. Vertreter der Betriebsräte haben das Recht, innerhalb des Betriebes zusammenzutreten, alle in ihre Zuständigkeit fallenden Dinge mit dem Arbeitgeber zu beraten. Der Arbeitgeber darf die Bildung eines Betriebsrates in seinem Unternehmen nicht behindern, darf sich nicht in dessen Tätigkeit einmischen und die Mitglieder nicht benachteiligen. Er muß andererseits dem Betriebsrat regelmäßig die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Informationen zukommen lassen. Der Betriebsrat ist verpflichtet, den von ihm vertretenen Arbeiter und Angestellten mindestens vierteljährlich einen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Die Fragen, über welche der Arbeitgeber an den Betriebsrat zu berichten hat, die Einberufung von Versammlungen und die Anwesenheit von Betriebsratsmitgliedern bei Aufsichtsrat-Sitzungen sollen von Betriebsrat und Arbeitgeber geregelt werden. Betriebsräte, die gegen die Ziele der Besatzungstruppen arbeiten, werden von der Militärregierung aufgelöst.

Betriebsratgesetz

Der Kontrollrat hat das folgende Gesetz beschlossen:

- Artikel 1. Der Betriebsrat eines Betriebes ist lediglich aus dem Kreis von Personen zu bilden, die tatsächlich in diesem Betriebe tätig sind.
2. Funktionäre der früheren Deutschen Arbeitspartei oder Mitglieder der nationalsozialistischen Partei können nicht Mitglieder des Betriebsrates sein.
Artikel 2. Die Wahl der Mitglieder des Betriebsrates muß unter Anwendung demokratischer Grundsätze und mittels geheimer Abstimmung erfolgen.
2. Die Mitglieder des Betriebsrates üben ihr Amt für höchstens ein Jahr aus, jedoch ist Wiederwahl zulässig.
Artikel 3. Die Arbeiter und Angestellten eines Betriebes können einen vorbereitenden Ausschuss zu dem Zwecke bilden, Vorschläge über die Zusammensetzung des Betriebsrates und die Durchführung der Wahl an den Arbeitgeber zu machen. Diese Vorschläge bedürfen der Zustimmung der Arbeiter und Angestellten des Betriebes, die durch Mehrheitsbeschluß zu geben ist.

Nürnberger Prozeß

Todesursache nach Belieben

Fortsetzung von Seite 1
Die Menschen tot waren, weil ihr Kreischen aufhörte.
Wir warteten gewöhnlich eine halbe Stunde, bevor wir die Türen öffneten und die Leichen entfernten. Nachdem die Leichen fortgebracht waren, nahmen unsere Sonderkommandos die Ringe ab und nahmen das Gold aus den Zähnen der Ermordeten.
Eine andere Verbesserung gegenüber Treblinka war, daß wir Gaskammern bauten, die 2000 Menschen auf einmal fassen konnten. Die Art und Weise, wie wir unsere Opfer auswählten, war folgendermaßen:
Auswähler Einwohner wußten von Massenmorden. Zwei SS-Aerzte waren in Auschwitz tätig, um die einlaufenden Gefangenen transporte zu untersuchen. Die Gefangenen mußten bei einem der Aerzte vorbeiziehen, der bei ihrem Vorbeisuchen durch Zeichen die Entscheidung fallte. Diejenigen, die zur Arbeit taugten, wurden ins Lager geschickt. Die anderen wurden sofort in die Vernichtungsanlagen geschickt. Kinder im ersten Alter wurden unterschiedlich vernichtet, da sie auf Grund ihrer Jugend unfähig waren, zu arbeiten. Wir bemühten uns in Auschwitz, die Opfer zum Narren zu halten, indem sie glaubten, daß sie ein Entlassungsverfahren durchzumachen hätten. Sehr häufig wollten Frauen ihre Kinder unter den Kleider verbergen, aber wenn wir sie fanden, wurden die Kinder natürlich zur Vernichtung hineingeschickt. Wir sollten diese Vernichtung im geheimen durchführen, aber der faule und Uebelkeit erregende Gestank, der von der ununterbrochenen Körperverbrennung ausging, durchdrang die ganze Gegend, und alle Leute, die in den umliegenden Gemeinden lebten, wußten, daß in Auschwitz Vernichtungen im Gange waren.

Von Zeit zu Zeit kamen Sonderreferenzen aus dem örtlichen Gestapobüro an. Die SS-Aerzte töteten solche Gefangene durch Benzolinspritzungen. Die Aerzte hatten Anweisung, gewöhnliche Sterbeprotokolle auszustellen, und konnten irgend eine Todesursache ganz nach Belieben angeben.
Massenrichtungen durch Vergasung
Massenrichtungen durch Vergasung begannen im Laufe des Sommers 1941 und dauerten bis zum Herbst 1944. Ich beauftragte persönlich die Hinrichtungen in Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943. Alle Massenrichtungen durch Vergasung fanden unter dem direkten Befehl und unter der Aufsicht und Verantwortung des Reichsicherheitshauptamtes statt. Ich erhielt unmittelbar vom dem Reichsicherheitshauptamt alle Befehle zur Ausführung dieser Massenrichtungen.

Von Zeit zu Zeit führten wir medizinische Experimente an weiblichen Insassen aus, zu denen Sterilisation und den Krebs betreffende Experimente gehörten. Die meisten dieser Menschen, die unter diesen Experimenten starben, wurden von den Gestapo zum Tode verurteilt worden.
Rosenberg und die Philosophen
Dr. Thoma begann in der Montag-Nachmittagsitzung der Bewährungsprüfung für den Angeklagten Rosenberg und die anderen Mandanten sofort als Zeugen in eigener Sache in den Zeugnissen. Rosenberg begann mit einer kurzen Beschreibung seines Lebenslaufes. Er zählte sämtliche Philosophen auf, von denen er beeinflusst wurde. Oberichter Lawrence unterbrach ihn mit den Worten: „Dr. Thoma, würden Sie den Zeugen auf seine eigene Philosophie beschränken, nicht auf die Ursprünge anderer Philosophen.“
Rosenberg sprach so ausführlich von seinen Versuchen, durch Auslandsreisen zu einer internationalen Verständigung zu kommen und von den Reden, die er bei dieser Gelegenheit gehalten hatte, daß sein Anwalt ihn ermahnen mußte, sich kürzer zu fassen. Unter seine Bemerkungen zu Ostberg befugte sich Rosenberg, daß „Trotzdem die deutsche Naziführer im Jahre 1933 in Berlin zwanzig Minuten gesprochen und ihn erst im Juni 1939 wieder getroffen habe.“
Hitler habe zwar erklärt, daß er die norwegische Neutralität auf jeden Fall aufrechterhalten wolle, trotzdem sei er, Rosenberg, nach einem weiteren Besuch Ostbergs im Dezember 1939 beauftragt worden, einen Verbindungsbeamten nach Norwegen zu schicken und diesem Mitarbeiter über das Auswärtige Amt eine „bestimmte Summe“ für Propaganda zwecke mitzugeben. Zum Schluß sagte Rosenberg noch aus, er habe nie eine amtliche außenpolitische Besprechung geführt.

Zwischenfall bei der Wachablösung

Ein Pistolenschuß im Korridor des Gerichtsgebäudes überrascht die Richter, Angeklagten und die zu Besuch anwesenden amerikanischen Zeitungsleute während der Gerichtsverhandlung.
Ein amerikanischer Leutnant erklärte, daß sich zufällig ein Schuß aus seiner automatischen Pistole gelöst habe, als er die Waffe, wie vorgeschrieben, vor Betreten des Gerichtssaales bei der Wachablösung abblieben wollte.
Durch das Gescheh wurde ein Stück Marmor der Wand gebrochen.
Zum Gedenken
Dachau, 17. April. (DANA) Am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau, dem 28. April, findet auf dem dortigen Waldfriedhof für die Entlassenen ein Gedenkakt statt, der beim Aufbruch der Lagerflüchtlinge gefallenen Antifaschisten statt.
Am Vormittag des nächsten Tages halten die verschiedenen Religionsgemeinschaften Dank- und Gedenkkonferenzen ab. Im Anschluß daran werden die nationalen Gruppen dem raschdesten Offizier der amerikanischen Ehrenlegation zum Dank für die Befreiung überreichen. Die antifaschistischen Delegationen werden am Massengrab in Prittlach einen Kranz niederlegen. Am Abend findet eine Zusammenkunft der ehemaligen Lagerinsassen statt.

Das neue Betriebsratgesetz

- 2. Anerkannte Gewerkschaften können an der Bildung von vorbereitenden Ausschüssen und an der Organisation von Wahlen zu Betriebsräten teilnehmen, die den Gewerkschaften für den Betriebsrat aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten des betreffenden Betriebes aufstellen.
Artikel 5
1. Soweit nicht anderweitige gesetzliche Regelungen oder Beschränkungen bestehen, hat der Betriebsrat grundsätzlich die folgenden, den Schutz der Interessen der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes betreffenden Aufgaben:
a) Mit dem Arbeitgeber über Anwendung der Tarif-(Kollektiv-)Verträge und der internen Betriebsordnung auf die einzelnen Betriebe zu verhandeln.
b) Mit dem Arbeitgeber über Vereinbarungen für den Erlass von Betriebsordnungen zum Zwecke des Arbeitsschutzes einschließlich der in das Gebiet der Unfallverhütung, ärztlicher Betreuung, betriebshygienischen und sonstigen Arbeitsbedingungen, Regelung von Einstellungen und Entlassungen und Abstellung von Beschwerden fallenden Angelegenheiten, zu verhandeln.
c) Dem Arbeitgeber Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und Produktionsweise zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit zu unterbreiten.
d) Beschwerden zu untersuchen und mit dem Arbeitgeber zu besprechen, Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaften an Fabrikinspektoren, Sozialversicherungsstellen, Arbeiterführerstellen und Arbeitsgerichte, die für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zuständig sind, unterbreitet werden sollen, beihilflich zu sein.
e) Mit den Behörden bei der Verhinderung aller Rüstungsindustrie und bei der Desamifizierung von öffentlichen und privaten Betrieben zusammenarbeiten.
f) An der Schaffung und Leitung von sozialen Einrichtungen, die der Wohlfahrt der Arbeiter eines Betriebes dienen sollen, unter Einschluß von Kinderheimen, Freizeitanlagen, Sport und ähnlichen Einrichtungen, mitzuwirken.
2. Die Betriebsräte bestimmen im Rahmen dieses Gesetzes selbst ihre Aufgaben im einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren.
Artikel 6
1. Der Betriebsrat oder dessen Vertreter haben das Recht, Zusammenkünfte im Betrieb abzuhalten und von dem Arbeitgeber oder dem von ihm bestimmten Vertreter Zutritt zu verlangen.
2. Die Betriebsräte bestimmen im Rahmen dieses Gesetzes selbst ihre Aufgaben im einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren.

Die Mitbestimmung in den Betrieben

Der A.D.G.B., Karlsruhe und Umgebung, schreibt uns:
Zum Vorschlag von Wilhelm Beisel in Nr. 16 der Bad. Neuesten Nachrichten halten wir es für notwendig, unsere Meinung zu sagen:
Die Mitbestimmung der Betriebsräte halten wir nicht für etwas Verlockendes, sondern für eine Notwendigkeit und Voraussetzung der demokratischen Neuordnung überhaupt. Denn Einwand, daß der Betriebsrat nicht immer in der Lage ist, den Gesamtbetrieb zu übersehen, können wir nicht gelten lassen, denn der Betriebsrat ist etwas anderes als der Vertrauensrat der DAF. Er setzt sich zusammen aus gewählten Vertretern aller Abteilungen des Betriebes und ist getragen von dem Vertrauen der Belegschaft. Er hat deshalb einen besseren Überblick und ist über alle Dinge im Betrieb besser informiert als irgend jemand. Die Zweifel an die Fähigkeiten der Betriebsräte und Gewerkschaftsleitungen, die in dem Vorschlag zum Ausdruck kommen, zeugen von einer gewissen Unkenntnis dessen, was sich auf wirtschaftlichen Gebiet im letzten Jahre abgespielt hat. In den Betrieben waren es nicht die Betriebsräte, die versagt haben, sie standen meistens an der Spitze des Wiederaufbaus und haben beim Wiederaufbau eine entscheidende Rolle gespielt. Sie haben die Arbeit, die Rat und Unterstützung bei den Gewerkschaften erhalten, die ihnen die Gewerkschaften einen großen Überblick über die Produktion haben und ihnen Faktidrate auf jedem Gebiet als Berater zur Verfügung stehen, hat man sie in den entscheidenden Fragen der Wirtschaft nicht zur Mitarbeit herangezogen. Dafür hat man ihnen die stärksten experimentiert und alle Versuche befehligen, den Pelz zu waschen, ohne ihn auszuwaschen.

Wir müssen die Einwände gegen die Mitbestimmung der Betriebsräte ablehnen, denn sie werden schon bei der Schaffung des Betriebsrates gescheitert, und dieses Gesetz hat das Arbeitsverhältnis von Unternehmen nicht beähligigt. Die daraus entstehenden psychologischen Hemmungen, von denen Beisel spricht, haben eine wahrhaft demokratische Entwicklung verhindert. Dafür sind aber viele aufgrund eben dieser Hemmungen schon eingetretene Nachteile geworden. Wir sind soziale Demokraten und werden im Interesse des Volkes zelekt werden, und nicht im Interesse des Unternehmertums, was das bis heute der Fall ist. Dies setzt aber voraus das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, ohne wenn und aber!
Zusammenfassung von Parteirichtlinien
Berlin, 17. April. (DANA) Zusammenfassende Richtlinien der Militärregierung hinsichtlich des Aufbaus deutscher politischer Parteien sind von dem Amt der amerikanischen Militärregierung für Deutschland in Kraft gesetzt worden.
Die neuen Richtlinien, die vom 1. April datiert sind, sollen ein demokratisches Vorgehen bei der Wahl von Parteibeamten und der Berufsetzung von Parteikandidaten für öffentliche Ämter und gleichzeitig die Parteimitglieder vor unheimlichen Vorgehen der Parteilisten schützen. Sie erlauben den Zusammenschluß mit einer anderen Partei nur, wenn diese Frage einer Parteiliste vorgelegt wurde, die aus demokratisch gewählten Delegierten besteht.
Weiter sind auf Grund der Richtlinien alle Parteimitglieder und alle Parteiarbeiter genau über ihre Pflichten gegenüber der Partei zu unterrichten. Sie müssen regelmäßig zweckdienliche Berichte über die Parteifragen erhalten und dürfen nicht ohne eine Untersuchung durch eine unparteiische Kommission unter Einschluß von Vertretern ihrer eigenen Ortsgruppe aus der Partei ausgestoßen werden.
Ferner heißt es in den Richtlinien, daß die Bücher der Partei regelmäßig von unabhängigen, amtlichen Bücherrevisoren zu prüfen sind. Die neue Zusammenstellung, die einen Zusatz zu früheren Richtlinien der Militärregierung darstellt, hat folgenden Wortlaut:

- Die politischen Parteien haben die folgenden Vorschriften zu beachten, die in ihre Satzungen aufzunehmen sind:
1. a) Parteifunktionäre aller Grade werden jährlich einmal in geheimer Wahl gewählt. Alle Mitglieder und Delegierten, welche zur Wahl von Parteifunktionären berechtigt sind, haben ein uneingeschränktes Vorschlagsrecht. Es muß diesen Mitgliedern und Delegierten angemessene Zeit zur Verfügung stehen, um vor der Wahl Kandidaten kennen zu lernen. Die Wahl geschieht nur nach Stimmenmehrheit mit Stichwahl falls erforderlich. Kandidaten für öffentliche Ämter werden in gleicher Weise aufgestellt.
b) Alle Sitzungen und Versammlungen regelmäßig mit der Tagesordnung müssen wenigstens eine Woche vorher angekündigt werden, mit Ausnahme von dringenden Einträgen.
c) Vereinbarungen mit anderen Parteien sind zulässig unter der Bedingung, daß die Frage einer Parteivereinbarung unterbreitet worden ist, die aus dem demokratischen Grundgesetz gewählten Delegierten besteht.
d) Den Mitgliedern sind regelmäßig zweckdienliche Berichte über die finanzielle Lage zu erteilen. Die Rechnungsbücher sind laufend von unabhängigen, amtlich zugelassenen Buchprüfern zu prüfen.
e) Allen Mitgliedern und Parteiarbeitern ist eine klare Mitteilung über die Rechte und Pflichten der Mitglieder gegenüber der Partei zu machen. Kein Mitglied darf ausgeschlossen werden ohne vorherige Anhörung vor einem unparteiischen Ausschuss der Partei, in dem seine örtliche Parteigruppe vertreten ist.
2. Kandidaten der Parteien für die allgemeinen Wahlen für Parteifunktionäre sind vor der Kandidatenaufstellung für die im Juni abzuhaltenden Wahlen für die verfassunggebende Versammlung vorzunehmen.
3. Kandidaten der Parteien für die gemeinsame verfassunggebende Versammlung sind aufzustellen in der im obigen Absatz 1 c) dargelegten Art.

Protschritt Paul Löbe's

Berlin, 17. April. (DANA) Der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe, der seit 1890 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, hat dem Zentralausschuß offiziell seinen Austritt aus der Partei mitgeteilt, da er „den von Zentralausschuß eingeschlagenen Kurs nicht mitmachen“ könne. Er will jedoch an der Parteiarbeit selbständig teilnehmenden SPD in den westlichen Sektoren Berlins mitwirken.
Amerikanische Zensur
Stuttgart. Die Personenzüge der Haupttrassen führen jetzt ein Abteil für Schwerverbeschädigte. Das Abteil befindet sich im ersten Wagen 3. Klasse neben dem Packwagen, in Tribunwagengängen in Motorwagen in der dritten Klasse. Andere Reisende dürfen auf diesen Plätzen nur mit Zustimmung des Zugbegleitpersonals Platz nehmen und müssen die Plätze, wenn sie von Schwerverbeschädigten beansprucht werden, ausgedehnt räumen.
Stuttgart. Der Reichswehrbereich im Bereich der Eisenbahndirektion Stuttgart wird am Donnerstag und Ostermontag auf einigen Haupt- und Nebenstrecken durch Personenzüge verstärkt, die nicht genehmigungspflichtig sind. Einige dieser Züge fahren auch in die französisch-besetzte Zone. Der genehmigungspflichtige Fernverkehr wird durch diese Maßnahmen nicht berührt.
Stuttgart. Das Holzwirtschaftliche Forstdirektion in Stuttgart hat das frühere wirtschaftsbezogene Forst- und Reichsforstamt, das seine Sitz zuletzt in Augsburg hatte, abgelöst. Aufgabe des neuen Verbandes ist die Erfassung des Gesamtalles von Nutzholz in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Militärregierung.
Stuttgart. Seit dem 15. April verkehrt zwischen Stuttgart und Frankfurt a. Main ein neues Schnellzugpaar mit folgenden Fahrplänen: Ab Stuttgart-Hauptbahnhof 12.05, an Frankfurt a. M. Ost 12.42. Ab Frankfurt a. M. Ost

Stimme der Parteien

Wahlaufruf der SPD zu den Kreisratswahlen am 24. April 1946
Männer und Frauen! Und Du, Jugend!

Vergelt sie!
Das wir Sozialdemokraten seit über 70 Jahren Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Brot, für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit, für Völkerverständigung gegen den Krieg gekämpft haben, das wir Sozialdemokraten den Kapitalismus und den Militarismus und den Sozialismus bekämpft haben, das wir Sozialdemokraten 1918 nach dem Abbruch des Militarismus und Kapitalismus Deutschlands unsere ganze Kraft für das Deutsche Volk eingesetzt haben, um es wieder auf den Weg des Glück und Wohlstand zu bringen und um die Verwirklichung unseres Programms, den Arbeiter und Bauern von der Knechtschaft des Kapitalismus zu befreien, unermüdet gearbeitet haben.

Das wir 1933 ein wiederverzogenes Reich übernahmen und nun die Früchte mühsamer Arbeit nur zu ernten bräuhete, das wir Sozialdemokraten noch 1933 als einzige Partei im Reichstag die Stimme gegen Hitler und seine beginnende Politik der Unterwerfung unter den Faschismus erhoben, das Hitler, der Schlingel des Großkapitalismus, die letzte Rettung der Schlotbarone, der Junker und Militaristen gegen den fortschreitenden Sozialismus war, daß seine Partei nicht den Anspruch auf die Bezeichnung sozialistische Arbeiterpartei haben konnte, das wir Sozialdemokraten noch 1933 gewarnt haben und sagten: „Wer Hitler wählt, wählt den Tod“, und daß wir recht behalten haben, das Hitler Euch nicht aus dem totalen Krieg, sondern auch die totale Niederlage gebracht hat, daß Ihr Eure Männer, Väter, Söhne und Brüder für eine Wahnsinnsaufgabe auf den Schlachtfeldern habt opfern müssen, das Ihr Frauen, Kinder, Eltern dem totalen Krieg in der Heimat zum Opfer geworden seid, das sich nur eine der vielen Prophezeiungen des „Führers“ erfüllt hat: „Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen!“, das wir Sozialdemokraten gewillt sind, Deutschland seinem erneuten Unglück in eine bessere Zukunft zu führen, so hört auf unsere Stimme!

Wir Sozialdemokraten kämpfen für Arbeit und Brot, für die Einheit und den Wiederaufbau Deutschlands und seiner Wirtschaft, für Freiheit, Menschlichkeit und Brüderlichkeit, für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt, und gegen Diktatur und Reaktion in einem pluralistischen demokratischen Deutschland durch die Einheit aller Schaffenden in der SPD.

Wählt Sozialdemokraten!

Parteilisten der SPD in Hannover

Hannover, 17. April. (DANA) Am 9. 10. und 11. Mai findet in Hannover die Parteilistenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt. Er wird die 1. Gesamtsitzung frei gewählter Delegierter der deutschen Sozialdemokratie seit der Wiederzulassung politischer Parteien durch die Besatzungsmächte sein. Im Anschluß an zwei Referate über die Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie und die sozialistische Wirtschaftspolitik wird voraussichtlich eine programmatische Kundgebung beschlossen werden. Ferner ist die Wahl der leitenden Körperschaften und die Aufstellung eines neuen Organisationsstatuts der Partei vorgesehen.

Aufruf zum 1. Mai

Stuttgart, 17. April. (DANA) Der Westfälische Gewerkschaftsbund und die vier hiesigen Parteien haben zum 1. Mai einen Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land erlassen. Nach dem Aufruf der 1. Mai von den Nazis abgelehrt werden soll, er künftig wieder ein Feiertag aller Schaffenden in Stadt und Land sein. Nach einem Überblick über die furchtbaren Folgen der Naziherrschaft und über die vorliegenden Aufgaben für den Wiederaufbau heißt es in dem Aufruf: „Alle Kräfte müssen einestimmig werden, um die Wunden des Krieges zu heilen.“

Entscheidung über Iran-Frage verlagert

New York, 17. April. (DANA) In der Dienstbesitzung des Sicherheitsrates wurde ein Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Trygve Lie über die rechtlichen Gesichtspunkte der Absegnung der Iran-Frage von der Tagesordnung vorgelegt. Der Sicherheitsrat beschloß, den Bericht an den Sachverständigenausschuß weiterzuleiten und die weitere Behandlung des sowjetischen Antrags um zwei Tage bis zum Eingang der Stellungnahme des Ausschusses zu verschieben.
In der Diskussion unter der Leitung der sowjetischen Delegierten Gromyko erneuert die Forderung nach Absetzung des iranischen Streitfalles von der Tagesordnung des Sicherheitsrates. Der amerikanische Delegierte Acheson widerspricht dieser Forderung und bestritt, daß das Verbot der iranischen Frage auf der Tagesordnung eine Einmischung in die souveränen Rechte Irans oder in das iranisch-sowjetische Abkommen bedeute. Der Sicherheitsrat könne die Tatsache nicht ausschalten, daß sich der plötzliche Wechsel in der Ansicht der iranischen Regierung zu einer Zeit ereignet hatte, in der noch ein diplomatischer Streit in Persien seien. Der holländische Delegierte de Kieffens wandte sich gegen den sowjetischen Standpunkt und erklärte, der Rat habe ein Recht die iranische Frage auf der Tagesordnung zu lassen. Die Annahme des russischen Antrags könnte zu der Gefahr führen, daß kleine Nationen in ähnlichen Streitfällen unzulässigem diplomatischen Druck ausgesetzt wären.
Nach dieser Debatte wurde beschlossen, die Behandlung des sowjetischen Antrags um zwei Tage auszuschieben. Inzwischen soll der Sachverständigenausschuß auf Grund des vom Generalsekretär der UNO vorgelegten Berichtes die Frage prüfen, ob eine Belassung des Falles Iran auf der Tagesordnung mit den Satzungen zu vereinbaren sei. Der Sicherheitsrat vertagte sich bis zum Mittwoch um 22 Uhr deutscher Sommerzeit. In dieser neuen Sitzung wird die polnische Beschwerde gegen Franco-Spanien behandelt werden.

Nachrichten aus den Zonen

Frankfurt. Generalmajor Robert A. MC Cleve erreichte am 15. April im Rahmen einer Feier den Lizenzträger der „Frankfurter Neuen Presse“ die Lizenzurkunde. Die „Frankfurter Neuen Presse“ ist die 32. Zeitung in der amerikanischen Besatzungszone. Sie erscheint Montag und Donnerstag. Die Lizenzträger sind Dr. Hugo Stern, früherer Redakteur des „Mayer'schen Tagblattes“ und August Heinrich Berning, bisheriger Lizenzträger der „Hessischen Nachrichten“ in Kassel.
Regensburg. Zur Erinnerung an Oomprediger Dr. Johann Meier wird Ostermontag ein Gedenkakt an der Südseite des Domes anlässlich des 18. März vor dem Jahr für die Erhaltung der Stadt Regensburg sein Leben geopfert. Er ist vor dem Einbruch der Amerikaner von den Nazis ermordet worden.
Köln. In einem viermonatigen Ibrendienst werden mehr als 200 000 Kölner Bürger den Schutz und die Trümmer beseitigen. Ein Beschluß der Kölner Stadtverwaltung verpflichtet alle Bürger, die im März 1945 vor dem Krieg alle Frauen zwischen 18 und 45 Jahren zu diesem Dienst. Kranke und invaliden sind hiervon ausgenommen. Ab dem 1. April werden die Kölner Bürger nach Abschlus dieser Aktion zu einem Sühndienst herangezogen werden.

Stimme der Parteien

Wahlaufruf der SPD zu den Kreisratswahlen am 24. April 1946
Männer und Frauen! Und Du, Jugend!

Vergelt sie!
Das wir Sozialdemokraten seit über 70 Jahren Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Brot, für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit, für Völkerverständigung gegen den Krieg gekämpft haben, das wir Sozialdemokraten den Kapitalismus und den Militarismus und den Sozialismus bekämpft haben, das wir Sozialdemokraten 1918 nach dem Abbruch des Militarismus und Kapitalismus Deutschlands unsere ganze Kraft für das Deutsche Volk eingesetzt haben, um es wieder auf den Weg des Glück und Wohlstand zu bringen und um die Verwirklichung unseres Programms, den Arbeiter und Bauern von der Knechtschaft des Kapitalismus zu befreien, unermüdet gearbeitet haben.

Das wir 1933 ein wiederverzogenes Reich übernahmen und nun die Früchte mühsamer Arbeit nur zu ernten bräuhete, das wir Sozialdemokraten noch 1933 als einzige Partei im Reichstag die Stimme gegen Hitler und seine beginnende Politik der Unterwerfung unter den Faschismus erhoben, das Hitler, der Schlingel des Großkapitalismus, die letzte Rettung der Schlotbarone, der Junker und Militaristen gegen den fortschreitenden Sozialismus war, daß seine Partei nicht den Anspruch auf die Bezeichnung sozialistische Arbeiterpartei haben konnte, das wir Sozialdemokraten noch 1933 gewarnt haben und sagten: „Wer Hitler wählt, wählt den Tod“, und daß wir recht behalten haben, das Hitler Euch nicht aus dem totalen Krieg, sondern auch die totale Niederlage gebracht hat, daß Ihr Eure Männer, Väter, Söhne und Brüder für eine Wahnsinnsaufgabe auf den Schlachtfeldern habt opfern müssen, das Ihr Frauen, Kinder, Eltern dem totalen Krieg in der Heimat zum Opfer geworden seid, das sich nur eine der vielen Prophezeiungen des „Führers“ erfüllt hat: „Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen!“, das wir Sozialdemokraten gewillt sind, Deutschland seinem erneuten Unglück in eine bessere Zukunft zu führen, so hört auf unsere Stimme!

Wir Sozialdemokraten kämpfen für Arbeit und Brot, für die Einheit und den Wiederaufbau Deutschlands und seiner Wirtschaft, für Freiheit, Menschlichkeit und Brüderlichkeit, für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt, und gegen Diktatur und Reaktion in einem pluralistischen demokratischen Deutschland durch die Einheit aller Schaffenden in der SPD.

Wählt Sozialdemokraten!

Parteilisten der SPD in Hannover

Hannover, 17. April. (DANA) Am 9. 10. und 11. Mai findet in Hannover die Parteilistenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt. Er wird die 1. Gesamtsitzung frei gewählter Delegierter der deutschen Sozialdemokratie seit der Wiederzulassung politischer Parteien durch die Besatzungsmächte sein. Im Anschluß an zwei Referate über die Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie und die sozialistische Wirtschaftspolitik wird voraussichtlich eine programmatische Kundgebung beschlossen werden. Ferner ist die Wahl der leitenden Körperschaften und die Aufstellung eines neuen Organisationsstatuts der Partei vorgesehen.

Aufruf zum 1. Mai

Stuttgart, 17. April. (DANA) Der Westfälische Gewerkschaftsbund und die vier hiesigen Parteien haben zum 1. Mai einen Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land erlassen. Nach dem Aufruf der 1. Mai von den Nazis abgelehrt werden soll, er künftig wieder ein Feiertag aller Schaffenden in Stadt und Land sein. Nach einem Überblick über die furchtbaren Folgen der Naziherrschaft und über die vorliegenden Aufgaben für den Wiederaufbau heißt es in dem Aufruf: „Alle Kräfte müssen einestimmig werden, um die Wunden des Krieges zu heilen.“

Entscheidung über Iran-Frage verlagert

New York, 17. April. (DANA) In der Dienstbesitzung des Sicherheitsrates wurde ein Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Trygve Lie über die rechtlichen Gesichtspunkte der Absegnung der Iran-Frage von der Tagesordnung vorgelegt. Der Sicherheitsrat beschloß, den Bericht an den Sachverständigenausschuß weiterzuleiten und die weitere Behandlung des sowjetischen Antrags um zwei Tage bis zum Eingang der Stellungnahme des Ausschusses zu verschieben.
In der Diskussion unter der Leitung der sowjetischen Delegierten Gromyko erneuert die Forderung nach Absetzung des iranischen Streitfalles von der Tagesordnung des Sicherheitsrates. Der amerikanische Delegierte Acheson widerspricht dieser Forderung und bestritt, daß das Verbot der iranischen Frage auf der Tagesordnung eine Einmischung in die souveränen Rechte Irans oder in das iranisch-sowjetische Abkommen bedeute. Der Sicherheitsrat könne die Tatsache nicht ausschalten, daß sich der plötzliche Wechsel in der Ansicht der iranischen Regierung zu einer Zeit ereignet hatte, in der noch ein diplomatischer Streit in Persien seien. Der holländische Delegierte de Kieffens wandte sich gegen den sowjetischen Standpunkt und erklärte, der Rat habe ein Recht die iranische Frage auf der Tagesordnung zu lassen. Die Annahme des russischen Antrags könnte zu der Gefahr führen, daß kleine Nationen in ähnlichen Streitfällen unzulässigem diplomatischen Druck ausgesetzt wären.
Nach dieser Debatte wurde beschlossen, die Behandlung des sowjetischen Antrags um zwei Tage auszuschieben. Inzwischen soll der Sachverständigenausschuß auf Grund des vom Generalsekretär der UNO vorgelegten Berichtes die Frage prüfen, ob eine Belassung des Falles Iran auf der Tagesordnung mit den Satzungen zu vereinbaren sei. Der Sicherheitsrat vertagte sich bis zum Mittwoch um 22 Uhr deutscher Sommerzeit. In dieser neuen Sitzung wird die polnische Beschwerde gegen Franco-Spanien behandelt werden.

Nachrichten aus den Zonen

Frankfurt. Generalmajor Robert A. MC Cleve erreichte am 15. April im Rahmen einer Feier den Lizenzträger der „Frankfurter Neuen Presse“ die Lizenzurkunde. Die „Frankfurter Neuen Presse“ ist die 32. Zeitung in der amerikanischen Besatzungszone. Sie erscheint Montag und Donnerstag. Die Lizenzträger sind Dr. Hugo Stern, früherer Redakteur des „Mayer'schen Tagblattes“ und August Heinrich Berning, bisheriger Lizenzträger der „Hessischen Nachrichten“ in Kassel.
Regensburg. Zur Erinnerung an Oomprediger Dr. Johann Meier wird Ostermontag ein Gedenkakt an der Südseite des Domes anlässlich des 18. März vor dem Jahr für die Erhaltung der Stadt Regensburg sein Leben geopfert. Er ist vor dem Einbruch der Amerikaner von den Nazis ermordet worden.
Köln. In einem viermonatigen Ibrendienst werden mehr als 200 000 Kölner Bürger den Schutz und die Trümmer beseitigen. Ein Beschluß der Kölner Stadtverwaltung verpflichtet alle Bürger, die im März 1945 vor dem Krieg alle Frauen zwischen 18 und 45 Jahren zu diesem Dienst. Kranke und invaliden sind hiervon ausgenommen. Ab dem 1. April werden die Kölner Bürger nach Abschlus dieser Aktion zu einem Sühndienst herangezogen werden.

